

Kyprianou erklärte: »Es war unmöglich, zu verhandeln. Die andere Seite wollte nicht verhandeln.« Die ursprünglich geplanten »drei Tage sind zu wenig Zeit zum Verhandeln, aber zu viel für eine Unterzeichnungs-Zeremonie«. Bei solch unsicheren Darlegungen blieb schließlich ein Schatten an Pérez de Cuéllar hängen: Hatte er sich nicht klar genug ausgedrückt? Er suchte die verfahrenere Lage mit dem Appell zu retten, man sei einander noch nie so nahe gewesen, man müsse weitermachen, beide seien zur Fortsetzung ihrer direkten Kontakte bereit, und er wolle sich bemühen, möglichst bis Ende Februar 1985 ein weiteres Treffen zu arrangieren. Dies freilich kam nicht zustande. Pérez traf am 11. März Kyprianou in Genf, am 28. März den türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal in New York und am 2. April den griechisch-zyprischen Außenminister George Iacovou in Oman; er bietet weiter seine »guten Dienste« an.

### Die Perspektive

Noch im Januar betonte Pérez vor Journalisten in Edinburgh, er sei kein Vermittler, sondern könne nur »gute Dienste« leisten. Deshalb könne er den Parteien keine Formel aufdrücken: »Die beiden Seiten kannten die Position der anderen Seiten sehr gut, bevor sie meine Einladung annahmen, in New York zusammenzukommen.« Positiv sei, daß sie sich zum ersten Mal seit 1979 begegnet und beide bereit seien, sich erneut zu treffen.

Doch Denktasch hat in seiner Pressekonferenz gesagt: »Wir wollen Gespräche, aber wir wollen nicht nach New York kommen, um die ganze Zeit zu reden — wir sind in Zypern nur eine halbe Meile voneinander entfernt.« Die angebotenen Zugeständnisse »existieren heute natürlich nicht mehr«, es sei denn, sie würden in einer neuen politischen Bewertung »durch mein Volk und durch mein Parlament« wiederbelebt.

Zu den größten Hemmnissen für Kyprianou gehörte es, daß die Fragen des Abzugs der türkischen Armee, aber auch künftiger Garantien für die zu gründende Bundesrepublik Zypern noch offen waren. Vorschläge, zwecks Vermeidung fortgesetzter Eingriffsrechte der Türkei die Vereinten Nationen oder gar die Blockfreienbewegung zu Garantien zu machen, erschienen wenig fundiert. Die griechischen und die zyprischen Diplomaten, letztere mit den Blockfreien bestens vertraut, versuchen seither, in aller Welt den Eindruck auszubügeln, es habe Kyprianou in New York »an Mut gemangelt«.

Mittlerweile ist Kyprianou unter starken innenpolitischen Druck geraten: die konservative Demokratische Front unter Glafkos Klerides und die AKEL haben das Verhalten Kyprianous in New York mit 23 gegen 12 Stimmen parlamentarisch gerügt und eine Neuwahl zum Präsidentenamts verlangt. Die Verwirklichung von Kyprianous Wunsch, vom amerikanischen Präsidenten Reagan empfangen zu werden, um ihm vorzutragen, was in New York »wirklich« geschah, rückt dadurch nicht näher.

Wurde eine letzte Chance verpaßt? Der »Guardian« zitierte einen westlichen Diplomaten so: »Das Problem Zyperns ist, daß die türkischen Zyprioten nicht vergessen können, was zwischen 1960 und 1974 geschah, und die griechischen Zyprioten können sich daran nicht mehr erinnern.« Ansgar Skriver □

### Umweltkriegsübereinkommen: Erste Überprüfungskonferenz — Universale Geltung erstrebt (11)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 3/1977 S.96f. fort.)

Das Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken ist völkerrechtlich seit dem 5. Oktober 1978 in Kraft. Nach diesem auch als Umweltkriegsübereinkommen bekannten Vertrag sind Umweltveränderungen von weiträumiger, anhaltender oder schwerwiegender Wirkung zu militärischen Zwecken verboten. Untersagt sind beispielsweise die Veränderung der Struktur der Erde und ihrer Pflanzen- und Tierwelt, ihres Gesteinsmantels und der Atmosphäre.

In Genf fand vom 10. bis 20. September 1984 die erste Überprüfungskonferenz statt. Den Vorsitz hatte der finnische Diplomat Keijo Korhonen, der in seiner Schlußbemerkung diese Konferenz als positives Beispiel dafür wertete, daß es immer noch möglich sei, »im Bereich der Rüstungsbegrenzung zu konkreten Resultaten zu kommen«. Das »konkrete Ergebnis« war eine Schlußerklärung, bestehend aus neun Artikeln. Im Konsens wird hier festgestellt, daß zwar Inhalt und Wirksamkeit des Übereinkommens positiv beurteilt wird, daß man aber besorgt darüber sei, daß erst 45 Staaten die Vereinbarung ratifiziert und lediglich 19 weitere Staaten unterzeichnet hätten. Hier liegt offenbar der Schwachpunkt des Umweltkriegsübereinkommens, nämlich in dem Defizit an universaler Geltung.

Nach der Annahme der Schlußerklärung in Genf meldeten sich die Vertreter Schwedens, Neuseelands, Australiens, der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und der Niederlande zu Wort.

Der schwedische Vertreter zeigte sich enttäuscht vom Ergebnis der ersten Überprüfungskonferenz. Sein wichtigster Kritikpunkt bezog sich auf das Verfahren im Falle von behaupteten Vertragsverletzungen. Er setzte sich für effektivere Nachprüfungsmöglichkeiten durch die Vertragsstaaten ein, wobei der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen lediglich als letzte Möglichkeit in Anspruch genommen werden sollte. Der sowjetische Vertreter führte aus, daß »gewisse Vorschläge« zum Artikel V des Abkommens (Verifikation und Beschwerdeverfahren) zu Recht abgelehnt wurden, weil eine Änderung bzw. Ergänzung in diesem Punkt nicht notwendig sei. Der niederländische Vertreter wies darauf hin, daß die Bemühungen um eine Stärkung der Konvention weitergehen sollten. Dazu kündigte er an, daß sein Land zusammen mit anderen Vertragsstaaten gut vorbereitet in die nächste Überprüfungskonferenz gehen wolle. Wilhelm Bruns □

### Wirtschaft und Entwicklung

#### 39. Generalversammlung: Schweigen zum Thema Neugliederung — Umfassender Bericht des Generalsekretärs zur Kenntnis genommen (12)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 2/1983 S.62f. fort.)

Das Vorhaben einer Neugliederung des Wirt-

schafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen hat während der 39. Generalversammlung weder zu Debatten noch zu Konsultationen und auch nicht zu einer Resolution geführt. Die Vertagung von 1982 auf 1984 hat mithin nicht die gewünschte Intensivierung der Diskussion gebracht. Man mag daraus den Schluß ziehen, daß weniger Interesse an dem Thema besteht, die Ziele sich verschoben haben oder die Absicht besteht, die Dinge weiter reifen zu lassen. Fest steht, daß die kontroversen Ansichten in den Hauptpunkten — Reform des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) und Dezentralisierung (hin zu den Regionalkommissionen) — kaum Bewegung erkennen lassen.

Einen hervorragenden Überblick über das weite Gebiet der Neugliederungsvorschläge und den Grad ihrer Verwirklichung gibt ein entsprechender Bericht des Generalsekretärs (UN-Doc.A/39/476 v.2.11.1984), der von der 39. Generalversammlung in ihrem Beschluß 39/437 kommentarlos zur Kenntnis genommen wurde.

Einleitend wird in dem Bericht festgestellt, daß die Vorschläge zur Neugliederung in vieler Hinsicht voneinander abhängen und dadurch ihre Verwirklichung erschwert wird, insbesondere wenn ein Teil sich verzögert. Vor allem aber wird beklagt, daß der Konsens über die Ziele der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie er zur Zeit der Verabschiedung der Neugliederungsresolution 32/197 bestand, sich abgeschwächt hat und damit ihre Umsetzung erschwert wird. Der Generalsekretär betont hierzu, daß der Geist und die Absicht der Neugliederungsresolution fortbestehen, nämlich das System der Vereinten Nationen den Bedürfnissen seiner Mitglieder besser gerecht werden zu lassen. Insbesondere sollten die zentralen zwischenstaatlichen Gremien den Anforderungen besser entsprechen, die sich aus den Beziehungen zwischen den Staaten, ihren gegenseitigen Abhängigkeiten wie auch aus der Interdependenz der Sachfragen ergeben.

Die Fragen nach dem Fortschritt im Bereich der Neugliederung bezeichnet der Bericht als »nicht leicht zu beantworten«. Im allgemeinen sei ein Fortschritt erzielt, indem Schlüsselfragen weltweit stärker ins Bewußtsein gerückt worden seien — etwa die kritische Lage Afrikas, das Neue substantielle Aktionsprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder oder die Bevölkerungsfrage. Demgegenüber seien die Ergebnisse auf anderen Gebieten mager — zum Beispiel hinsichtlich der Themen Rohstoffe, Energie, Handel, Industrialisierung, Währung und Finanzen oder Wissenschaft und Technologie. Der Bericht zählt auf, welche Aktionen als besonders notwendig anzusehen sind: Fortführung der ECOSOC-Reform, Stärkung der anderen zwischenstaatlichen Verhandlungsgremien einschließlich der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), Verbesserung der Sekretariatsdienste, Stärkung der regionalen Strukturen und Koordinierung zwischen den Sonderorganisationen sowie größere Flexibilität bei den entwicklungspolitischen Zielen.

Der Bericht des Generalsekretärs gliedert sich in dieselben acht Abschnitte wie die Neugliederungsresolution 32/197 vom 20. Dezember 1977:

- Generalversammlung;
- Wirtschafts- und Sozialrat;